

# Garrelt Duin

## Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim  
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße  
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 21. Januar 2011

[www.garreltduin.de](http://www.garreltduin.de)

Ausgabe 1 / 2011 |

## Die Regierung gibt eine Tasse Kaffee aus

**Aufschwung ist gut - aber er kommt in den Lohntüten der Arbeitnehmer nicht an / Löhne müssen rauf, Sozialabgaben runter**

Über den schnellen Aufschwung nach der Finanz- und Wirtschaftskrise freuen wir uns alle. Der Jahreswirtschaftsbericht 2011, den Minister Brüderle, FDP, vorstellte, schreit jedoch nach einem kräftigen „Aber“. Brüderle schwelgt darin in höchsten Tönen vom Aufschwung. Aber er blendet Teile der Wirklichkeit konsequent aus.

Darauf wies Garrelt Duin, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, im Bundestag während der Debatte über den Jahreswirtschaftsbericht hin. Gemeinsam mit Fraktions-Chef Frank-Walter Steinmeier und Vize Hubertus Heil nahm der Abgeordnete aus Hinte den Bericht des Ministers auseinander.

Der Aufschwung müsste für alle da sein. Aber tatsächlich kommt er in den Lohntüten der Arbeitnehmer nicht an. Brüderle verspricht immer „Mehr Netto vom Brutto“. Aber in Wirklichkeit reißen höhere Abgaben für die Krankenkasse, teurer gewordene Lebensmittel und steigende Spritpreise ein spürbares Loch ins Portemonnaie der Arbeitnehmer.

Brüderle singt dagegen wieder und wieder das hohe Lied von Steuersenkungen. Steuern zu senken ist schön. Aber dafür gibt

es keinen Spielraum. Garrelt Duin: „44 Milliarden neue Schulden und Steuersenkung passen nicht zusammen.“ Erst müsse der Staat seine bauliche und soziale Infrastruktur in Ordnung bringen und viel Geld in marode Schienen und Straßen investieren.

Innovationen, Forschung und Entwicklung kommen bei Brüderle zu kurz, auch seine Energiepolitik hat große Schwächen. Duin: „Brüderle betreibt Investitions-Verhinderungspolitik.“



Die Regierung hat nur halb Recht: Der Aufschwung ist da, aber die Krise ist nicht vorbei.

Der Minister versäumt sträflich, sich für eine europäische Wirtschaftspolitik stark zu machen. Duin macht es am Beispiel Griechenlands deutlich. Das Land müsse natürlich Auflagen erfüllen. Man dürfe ihm aber nicht die Luft abschnüren, so dass es keine Chance haben, wieder zu erstarren. Griechenland werde seine Wirtschaft „in kurzer Zeit an die Wand fahren“. Das könne nur mit einer konsequenten europäischen Wirtschaftspolitik abgedefert werden.

Brüderle verliert kein Wort darüber, dass die Finanzkrise nicht überstanden ist. Er hat kein Konzept, keine Idee, wie er die Wirtschaft sturmfest zurt für die Zeit, wenn Griechenland in ein oder zwei Jahren den Staatsbankrott anmelden muss (siehe Seite 4).

Brüderle trifft auch keine Vorsorge für die Zeit nach dem 1. Mai, wenn Arbeitnehmer aus Ländern in Deutschland frei arbeiten dürfen, die 2004 der EU beigetreten sind. Dazu gehören zum Beispiel Polen, Tschechen und Slowaken.

Dann droht bei uns ein harter Konkurrenzkampf um Arbeitsplätze, der vermutlich über Lohndumping entschieden wird. Duin: „Deshalb brauchen wir einen flächendeckenden Mindestlohn

von 8,50 Euro.“ Sonst wirkt sich das so genannte Arbeitnehmer-Freizügigkeitsgesetz fatal aus vor allem für Geringverdiener.

Brüderle sieht hier nur die eine Seite der Medaille, wenn er sagt, dass die östlichen Nachbarn Sorge hätten, dass Deutschland ihre klugen Köpfe abwirbt. Das ist nicht auszuschließen, hilft aber den Geringverdienern bei uns nicht weiter. Noch ein Manko: Die Binnennachfrage ist zu schwach.

Es bleibt nur eins: Die Löhne müssen rauf, die Sozialabgaben runter. Duin: „Aufschwung heißt für uns Sozialdemokraten: Aufschwung für alle.“

Was die Regierung unter Steuerentlastung versteht, zeigt die Erhöhung des Arbeitnehmerfreibetrags bei der Lohnsteuerberechnung. Sie bringt im Monat 2,90 Euro. Anders gesagt: Merkel und Brüderle geben eine Tasse Kaffee aus.

**Die Bundestagsrede** von Garrelt Duin im Video unter <http://www.bundestag.de/bundestag/parlamentsfernsehen/index.jsp>. Auf „Plenarsitzungen“ klicken, dann Suchbegriff „Jahreswirtschaftsbericht“ und Datum eingeben.

## Dioxin: Skandal hoch drei

**Berlin und Hannover sind mit Verbraucherschutz überfordert**

Bundesministerin Aigner, CSU, verlangt von Ministerpräsident McAllister, dass in Hannover politische Köpfe rollen müssen - weil die Regierung beim Krisenmanagement des Dioxin-Lebens- und Futtermittelskandals überfordert ist. Dem ist nur eines hinzuzufügen: Auch Aigner sollte gehen, denn zu mehr als zur „Ankündigungsministerin“ reicht es nicht. Sie lenkt vom eigenen Versagen ab, wenn sie Rücktritte ihrer Parteifreunde in Hannover verlangt.

Verantwortung auf andere zu schieben ist der Skandal im Skandal. Es fällt auch auf, dass die Parlamentarische Staatssekretärin Julia Klöckner, CDU, sich stark zurückhält. Sie hat die Amtspflicht, das Parlament zu informieren, schwänzt aber eine wichtige Anhörung im zuständigen Ausschuss. Klöckner geht in Sachen Dioxin auf Tauchstation, weil sie demnächst Ministerpräsidentin in Rheinland-Pfalz werden möchte.

Schwarz-Gelb in Niedersachsen steht mächtig unter Druck, weil es hier hunderte von Bauern gibt, die Dioxin verfüttert haben - größtenteils, ohne es zu wissen. Das Amt des Landwirtschaftsministers war verwaist, als der Skandal hochkochte. CDU-

Ministerin Grotelüschen musste zurücktreten, weil sie in Lobbyinteressen der industriellen Landwirtschaft verstrickt ist. Diese schwarz-gelbe Lobby- und Klientelpolitik verunsichert die Menschen zusätzlich.

Garrelt Duin: „Wir brauchen einen politischen Neuanfang auch in Berlin, der Verbraucherinteressen ins Zentrum rückt und eine nachhaltige Landwirtschaft durchsetzt. Nur so können deutsche Hersteller in einem nationalen und internationalen Markt sensibilisierter Kunden erfolgreich sein.“

Der Skandal um dioxinverseuchte Futtermittel macht die Menschen fassungslos - nicht nur in Deutschland, sondern auch in Tschechien und Polen, wo vergiftetes Schweinefleisch aus Deutschland ebenfalls in den Handel gekommen ist.

Wer vergiftete Nahrungsmittel in Umlauf bringt, handelt kriminell. Wie weit das geht, beweist der Betrieb, der im Verdacht steht, mit falschen Angaben seine Lieferbeziehungen verschleiert zu haben. Dadurch haben Landwirte auch Wochen nach Aufdeckung des Skandals noch Eier verkauft von Hennen, die dioxinhaltige Körner gefressen hatten.

## Mangel an Gerechtigkeit

**Nur mittelmäßiger Rang / Regierung nutzt Aufschwung nicht**

Trotz Aufschwungs schneidet Deutschland bei den Zukunftschancen der Menschen nur mittelmäßig ab. Die Defizite: Arbeitslose sind zu lange ohne Job, die Reallöhne sind nicht hoch genug, zu viele arme Kinder, zu wenig Bildung für sozial Schwä-

chere. Das ergibt eine Studie der Bertelsmann-Stiftung. Deutschland liegt nur auf Platz 15 von 31 untersuchten Staaten. Garrelt Duin: „Die Regierung nutzt den Aufschwung nicht, die Chancen aller zu verbessern und so für mehr Gerechtigkeit zu sorgen.“

## Die Bahn sanieren

**Duin: Bundesregierung muss Bahn auf Vordermann bringen**

Die Bahn war auch in diesem Winter nicht auf Frost und Schnee vorbereitet. „Sie hat die Chance vergeben zu zeigen, dass sie das sicherste und verlässlichste Verkehrsmittel auch bei schlechtem Wetter ist“, sagt Garrelt Duin.

Der Bund muss dafür sorgen, dass die Bahn auch bei Kälte und Hitze konkurrenzfähig ist. Fahrgäste haben einen Anspruch darauf, zu fairen Preisen pünktlich ans Ziel zu kommen. Unternehmen müssen sich darauf verlassen können, dass Waren ohne Verzug über die Schienen zu rollen. Die Bahn muss wieder dahin kommen, dass sie ihre alte Reklame wieder plakatieren kann: „Alle reden vom Wetter. Wir nicht.“

Leider sieht die Realität anders aus: Die Bahn ist ein Sanierungsfall. Sie kann nur mit einem Rettungsplan wieder auf die Beine kommen. Die Bundesregierung muss vom Vorstand der Deutschen Bahn eine schonungslose Analyse der Misere erzwingen und dann für einen Rettungsplan sorgen. Doch von Verkehrsminister Ramsauer, CSU, ist bisher

wenig Produktives zu hören.

Die Lage ist dramatisch: Nur weil es ein paar Grade gefroren hat und normale Mengen Schnee gefallen sind, kamen im Dezember Hunderttausende zu spät zur Arbeit. Geschäftsleute mussten ihre Termine platzen lassen, Güter und Waren erreichten verspätet ihre Adressaten, Urlauber verpassten Anschlüsse.

Die Deutsche Bahn erklärte selbst ihren Bankrott, als sie potenziellen Kunden von einer Bahnfahrt abriet. Sie ist personell auf Kante genäht, die Züge sind technisch gegen Hitze und Kälte zu schwach gerüstet, viele Schienen sind veraltet, es mangelt an Heizungen für Weichen oder, wenn vorhanden, bleiben sie aus Kostengründen kalt.

Garrelt Duin: „Die SPD verlangt von der Bundesregierung, auf die Zwangsdividende von 500 Millionen Euro auf Dauer zu verzichten und das Geld in Schienen und andere Bahnprojekte zu stecken. Für ein Sofortprogramm muss sie Sondermittel bereitstellen, um größte Störungen schnell zu beseitigen.“

## Thiele ohne Gewicht

**Maritimes Cluster: Landesregierung übergeht Leer**

Die Landesregierung hat sich in einer Nacht-und-Nebel-Aktion für Elsfleth als Sitz des „Maritimen Clusters Norddeutschland“ entschieden. Die Entscheidung ist nicht sachgerecht, sondern entspricht reinem Parteikalkül. Garrelt Duin: „Der Sitz gehört wegen der überragenden Bedeutung der Reedereiwirtschaft an die Ems nach Leer.“

Leer besitzt neben der stärkeren maritimen Wirtschaftskraft und Ausstrahlung außerdem die engeren Kontakte zu den nördlichen Niederlanden. Diese Verbindungen werden konzeptionell

mit dem Maritimen Kompetenzzentrum (Mariko) ausgebaut.

Die Vergabe des Sitzes nach Elsfleth ist undurchsichtig verlaufen und muss aufgeklärt werden. Leider besitzt Ostfriesland bei der Landesregierung kaum noch Einfluss. Der Landtagsabgeordnete Thiele aus Remels ist dafür offenbar ein Pfund zu leicht.

Das Maritime Cluster Norddeutschland ist eine Kooperation der Länder Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Hamburg. Sie will die maritime Wirtschaft fördern.

# Investieren in Jugend-Knastplätze oder in Gymnasien

**Bürgermeister Heinz Buschkowsky: Bildung ist Schlüssel zur Integration / Hälfte des Kindergelds für Krippen, Kitas, Schulen**

Neukölln ist nicht überall, aber auch kein Einzelfall. In fast allen deutschen und westdeutschen Städten gibt es Viertel, in denen Menschen mit ausländischen Wurzeln deutlich in der Mehrzahl sind. Thilo Sarrazin schrieb über dieses Thema einen absoluten Bestseller. Heinz Buschkowsky belässt es nicht bei der Theorie, sondern stellt sich als Bürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln den sozialen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemen, die garstige Namen haben: Bildungsferne, kein Wort Deutsch, Parallelgesellschaft, (Jugend-)Kriminalität, hohe Arbeitslosigkeit.

Garrelt Duin begrüßte ihn in diesen Tagen in Berlin zu einem Vortrag über Integration bei einem Treffen des Seeheimer Kreises. Der Berliner Sozialdemokrat nennt die Dinge beim Namen und hält wenig von so genannten Gutmenschen, die für alle Integrationsschwierigkeiten die deutsche Gesellschaft verant-

wortlich machen. Er reicht Ausländern die Hand, verlangt aber, dass diese die deutschen Gesetze und Normen anerkennen, „für die unsere Vorfahren und wir lange gekämpft haben“.



„Wer Kinderförderung ändern will, braucht ein bisschen Mut.“ Heinz Buschkowsky zur Änderung des Kindergeldgesetzes.

Auffällig: Buschkowsky spricht von Integration und Bildung stets im selben Atemzug. Ohne Integration der Menschen mit ausländischem Hintergrund „wird es bald keinen Wohlstand mehr geben“. Integration, so Buschkowsky, gelingt nur mit Bildung, die in frühem Kindesalter anfangen müsse. Er beobachtet, dass viele Kinder völlig unvorbereitet in die Schule kommen: „Sie sprechen kein Wort deutsch und kennen keine Farbe.“

Seine Konsequenz daraus: „Kindergartenpflicht ab dem ersten Lebensjahr. Wir müssen uns an die Stelle der Eltern setzen.“ Er macht analphabetische und schlecht gebildete Eltern nicht dafür verantwortlich, dass sie ihren Kindern zu Hause nicht Goethe beibringen können. Aber er macht sie verantwortlich, dass sie ihre Kinder pünktlich und regelmäßig zur Schule schicken. Sonst: „Kommt das Kind nicht in die Schule, kommt das Geld nicht aufs Konto.“ Das bezieht er

ausdrücklich auf alle Eltern, also auch auf deutsche.

Ganztagsschule hält er für unabdingbar. Übrigens: „Die Reichen schicken ihre Kinder schon immer auf Ganztagsschulen.“ Sprich Internate.

Das Kindergeld möchte Buschkowsky halbieren - und die gesparte Hälfte in Krippen, Kitas und Ganztagsschulen stecken, so dass es den Kindern tatsächlich zu Gute kommt. Deutschland ist auf Zuwanderung angewiesen - und darauf, dass Frauen ein Jahr nach der Geburt eines Kindes ohne Nachteile wieder arbeiten können. Unser Land braucht jährlich eine Million Geburten, um den Bevölkerungsstand zu halten. Tatsächlich werden nur 670.000 Kindern geboren - von denen gegenwärtig 150.000 ohne Abschluss die Schule verlassen. Buschkowsky: „Wir müssen uns entscheiden: Investieren wir in Jugend-Knastplätze oder in Gymnasien?“

## Ausgelagerte Sicherheit

**SPD fordert: Militärische Sicherheitsfirmen überwachen**

Die europäischen Staaten heuern immer öfter private Sicherheitsfirmen an. Die geplante Verkleinerung der Bundeswehr kann dazu führen, dass auch in Deutschland Sicherheits- und Militäraufgaben privatisiert werden. Das ist für Firmen sehr lukrativ und entsprechend dynamisch.

Die SPD-Bundestagsfraktion will deshalb erreichen, dass Dienstleistungen privater Sicherheitsfirmen stärker kontrolliert und geregelt werden - egal, ob sie im In- oder Ausland arbeiten. Garrelt Duin: „Die Regierung darf das staatliche Gewaltmonopol nicht aufweichen.“

Die Bundesregierung muss sich

international für mehr Transparenz und Kontrolle einsetzen. Sie braucht dafür nur einem Antrag der SPD folgen. Zum Beispiel sollen die Firmen lizenziert und registriert werden.

Die Regierung sollte dem Bundestag jährlich über private Sicherheitsfirmen berichten, sowohl über in Deutschland ansässige als ausländische Firmen, die hierzulande für die Bundesregierung oder ihr nachgeordnete Behörden arbeiten.

Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts gibt es in allen demokratischen Staaten den Trend, Sicherheits- und Militäraufgaben auszulagern.

## Löschen statt sperren

**SPD für Konsequenz im Netz gegen Kinderpornografie**

Wie zu erwarten, sind die gesetzlichen Internetsperren gegen Kinderpornografie wenig wirksam, ungenau und technisch leicht zu umgehen. Sie leisten keinen nennenswerten Beitrag zum Kampf gegen Kinderpornografie und sind außerdem verfassungsrechtlich bedenklich. Die Regierung hat das Gesetz deshalb für ein Jahr ausgesetzt.

Formal ist das so genannte Zugangerschwerungsgesetz seit knapp einem Jahr in Kraft. Die SPD-Bundestagsfraktion fordert die Regierung auf, das stumpfe Schwert neu zu schmieden und den verfassungswidrigen Zustand zu beenden, der entstand, als der Bundesinnenminister das Gesetz per Erlass aussetzte.

Ein Europa soll sich die Bundesregierung nachdrücklich für das effektive Prinzip „Löschen statt sperren“ einsetzen. Garrelt Duin: „Wir brauchen eine wirksame Lösung und keine symbolpolitischen Sperren, die nichts bringen.“

Die Polizei muss zur Bekämpfung sexueller Gewalt und Ausbeutung von Kindern und Jugendlichen im Internet technisch und personell besser ausgestattet werden. Außerdem sind Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften und eine verbesserte nationale und internationale Zusammenarbeit nötig. Kinderpornografie im Netz muss schnell und effektiv gelöscht werden, Täter müssen knallhart verfolgt werden.

## In der Schwebel

### Mehrgenerationenhäuser: Regierung muss Klarheit schaffen

Die Bundesregierung hat dem Druck der SPD endlich nachgegeben und kündigt ein neues Programm für Mehrgenerationenhäuser ab 2012 an. Die Regierung lässt jedoch offen, wie viele und welche Träger zu welchen Bedingungen weiter gefördert werden.

Diese Unklarheit macht Sorge um die Zukunft der Mehrgenerationenhäuser. Garrelt Duin: „Die Zeit drängt, um eine vernünftige Anschlussförderung auszuarbeiten.“

Die Träger müssen mit weiteren Monaten der Ungewissheit rechnen, bis ein neues Bundesprogramm ausgeschrieben wird. Sie werden sich neu bewerben müssen, die Bundesförderung wird nicht automatisch verlängert.

Um Licht ins Dunkel zu bringen, hat die SPD-Fraktion eine Kleine Anfrage in den Bundestag eingebracht. Mit einer Antwort ist frühestens im Februar zu rechnen. Duin: „Das Ministerium darf sich um wichtige Details nicht länger herumdrücken. Mehrgenerationenhäuser, deren Förderung bereits in diesem Jahr endet, brauchen feste Angaben für eine Übergangsfinanzierung.“

Die SPD setzt sich dafür ein, dass Mehrgenerationenhäuser ihre erfolgreiche Arbeit fortsetzen können und keine Projektruinen entstehen.

Die Große Koalition hat unter SPD-Federführung 2006 die Mehrgenerationenhäuser gestartet, um den sozialen Zusammenhalt von Alt und Jung zu stärken.

## Zukunft Mitbestimmung

### Zweite Gesprächsrunde: Auf Demografie folgt Mitbestimmung

Die Zukunft der Mitbestimmung in Ostfriesland und darüber hinaus ist das Thema der Veranstaltung am 3. Februar um 19 Uhr in der Pumpstation in Emden, Cirksestraße 113. Garrelt Duin und Jens Hoffmann, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Emden, laden ein.

Es ist die zweite Veranstaltung der Reihe „Zukunftsgespräche“. Auftakt war ein Abend zum Thema Demografie im Dezember in Wiesmoor, wo Franz Müntefering prominenter Gast war.

In Emden stimmt Dietmar Hexel auf das Thema Mitbestimmung ein. Er ist Mitglied im DGB-Bundesvorstand und zuständig für Industrie- und Mitbestimmungspolitik. Er ist auch Teilnehmer einer Podiumsdiskussion gemeinsam mit Christian Stolte,

Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Ostfriesland und Papenburg, und Peter Jacobs, Betriebsratsvorsitzender im VW-Werk Emden. Das Publikum kann Fragen stellen. Bernhard Fokken moderiert. Bernd Borneemann, OB-Kandidat der SPD in Emden, gibt abschließend ein Statement ab.

Mitbestimmung galt Kritikern schon als Auslaufmodell. Aber die Wirtschaftskrise hat gezeigt, dass eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern für beide Seiten von hohem Nutzen ist. Die Diskussion dreht sich neben der Mitbestimmung auch um offene Fragen zum Mindestlohn und zum niedrigen Organisationsgrad von Arbeitnehmern in vielen Betrieben.

## Finanzkrise brodet noch kräftig

### Wirtschafts-Professor sieht Gefahr des Staatsbankrotts für Griechenland / Regierung ohne Plan

In den nächsten ein, zwei Jahren erwartet Sebastian Dullien einen Staatsbankrott in der Euro-Zone. Erster Kandidat dafür ist Griechenland mit einer Schuldenlast von 170 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Ansicht vertritt der Professor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin. Die Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft und Technologie der SPD-Bundestagsfraktion diskutierte in diesen Tagen unter Leitung ihres Sprechers Garrelt Duin mit dem ausgewiesenen Fachmann über Perspektiven nationaler und europäischer Wirtschaftspolitik.

Griechenland stürzt immer tiefer in die Rezession - weil die Regierung alle Vorgaben der EU erfüllt. Auf Dauer werde das Land die Schulden nicht bedienen. Dullien kritisiert, dass die EU, getrieben vor allem von der Bundesregierung, hohe Refinanzie-

rungskosten aufbürde. Mit anderen Worten: Die Zinsen mit rund sechs Prozent für die Anleihen sind zu hoch, der Spielraum nach unten liege bei fast drei Prozent. Für Dullien ist klar, dass die Griechen es politisch auf Dauer nicht durchhalten, 20 Prozent

ihrer Steuereinnahmen ans Ausland zu überweisen.

Klartext spricht Dullien auch zur bisherigen Griechenland-Hilfe: „Das ist ein Subventionsprogramm für Banken und private Anleger.“ Zum Teil haben diese in kurzer Zeit 17 Prozent Zinsen erwirtschaftet - zu Lasten der Steuerzahler.

Hilfs-Lösung für Griechenland könnte eine Hilfe bei den hohen Refinanzierungskosten sein. Oder ein so genannter Haircut. Dann wäre Griechenland der erste Fall einer geordneten Staatsinsolvenz.

Die Bundesregierung, so Dullien, hat kein Konzept, wie die europäische Finanzkrise gemeistert werden kann. Ändert sich das nicht, wird dieser Politikmangel noch gravierende Folgen für die Wirtschaft der Exportnation Deutschland haben.



Professor Dr. Sebastian Dullien, Berlin

### Spruch der Woche

„Nur Eltern glauben, dass Kinder am liebsten nur mit ihnen spielen.“

Heinz Buschkowsky, Bürgermeister des Berliner Bezirks Neukölln, zu Bedenken, Kinder früh in eine Kita zu schicken.

### Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030 - 227 - 70145  
Fax: 030 - 227 - 76445  
garrelt.duin@bundestag.de  
www.garreltduin.de